

Diskussion flammt wieder auf

Von Britta Havlicek, 26.08.08, 17:07h, aktualisiert 26.08.08, 17:23h

Bürgermeister Michael Kreuzberg verteidigt die Erstellung des Phantasialand-Gutachtens. Die Brühler SPD hatte ihn wegen der Erteilung des Auftrags zur Rede gestellt.



Erneut wurde über die Erweiterung des Phantasialands diskutiert. (Bild: Beiszel)

BRÜHL - Die Sitzung des Regionalrates naht. Am 19. September werden die Gespräche über die Änderung des Regionalplanes erneut geführt, und damit wird die Diskussion über die Erweiterung des Phantasialands wieder aufflammen. Diese Sitzung sollte die Brühler Politik abwarten, mahnte Brühls Bürgermeister Michael Kreuzberg im Hauptausschuss. Auch CDU, FDP und Grüne betonten, dass derzeit Diskussionen und Spekulationen über Alternativen für das Erweiterungsvorhaben des Freizeitparks die Brühler nicht weiter brächten.

Nach Bekanntwerden der ablehnenden Haltung des Landesbetriebs Wald und Holz und der von vielen als „düster“ bezeichneten Reaktion von Bürgermeister Michael Kreuzberg hat sich dieser jetzt zu den Nachfragen der Brühler SPD-Fraktion geäußert.

Warum er ohne ausdrückliche Genehmigung des Rates 18 000 Euro für ein Gutachten zur Bestätigung der Erweiterungspläne ausgegeben habe, wollten die Sozialdemokraten beispielsweise wissen. „Auftragsvergaben gelten bis zu einem Volumen in Höhe von 40 000 Euro als laufendes Geschäft der Verwaltung“, erklärte Kreuzberg. Der Auftrag für das Gutachten habe demnach keiner Genehmigung des Rates bedurft. Inhaltlich sei ein Gutachten erforderlich gewesen, „weil die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen einer möglichen Erweiterung und auch der Nichterweiterung gegenüber einer allseits diskutierten Umweltproblematik vollständig in den Hintergrund getreten waren.“

Er habe nie gesagt, dass eine Erweiterung des Phantasialandes nicht zu verwirklichen sei, betonte Kreuzberg. Er habe lediglich, bevor ihm das Schreiben des Landesbetriebes vorlag, „Zweifel an einer Umsetzbarkeit der Erweiterungspläne im beantragten Rahmen geäußert“.

Erneut wird also mit Spannung die kommende Sitzung des Regionalrates erwartet. Und da rechnet der Bürgermeister mit einem Beschluss, „der eine Erweiterung vorsieht“. Und auch zur Erweiterung in Richtung Osten äußerte er sich: „Neben der politisch einstimmig artikulierten Ablehnung einer Erweiterung nach Osten hat die Alternativenprüfung im Verfahren ergeben, dass die mit einer Ausdehnung in Richtung der Wohnbebauung verbundenen Immissionsprobleme nicht zu bewältigen sind.“

drucken | versenden | Bookmarks

WEB ARCHIV >>



JETZT BESTELLEN!

4 Wochen Kölner Stadt-Anzeiger zum Vorzugspreis. Sie sparen mehr als 35%.